B3 1242

612 Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale [...] Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund [...]
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[...]

7. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 9. April 1931 | Nummer 59

Nur noch 3 Wochen sind es bis 1. Mai
1000 neue Leser ist die Losung!
Werb noch heute einen Abonnenten!

Von der RGO ausgelöst:

Allgemeiner Bauarbeiterstreik in Dresden

Polizei gegen Landproleten und Bauarbeiter

Dresden, den 9. April.

Die Dresdner Bauarbeiter stehen nunmehr sämtlich im Streik. Trotz heftigsten Widerstandes der reformistischen Bürokratie haben die Bauarbeiter unter Führung der RGO den allgemeinen Streik gegen die Lohnräuber durchgeführt.

In Berlin sind gestern weitere Bauten stillgelegt. Alle Bauten der größeren Firmen stehen im Streik. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß in Berlin über 10 000 Bauarbeiter im Ausstand sind.

Auf der Baustelle Stadtpark Schöneberg bei der Firma Gräfinghoff u. Reinhard sind sogar 2 Kollegen verhaftet worden. Verschiedene Baustellen sind auch heute mit Polizei besetzt. Aehnliche Meldungen über Eingreifen der Polizei kommen auch aus dem Reich. In Bochum hat die Polizei einen unerhörten Ueberfall auf eine Streikversammlung der Bauarbeiter unternommen. Eine von 120 Mann besuchte Belegschaftsversammlung streikender Bauarbeiter im Lokal Waltershof wurde von der Polizei verhaftet. Die Polizei berief sich auf die Notverordnung, um die Privatinteressen der Bauunternehmer zu schützen.

Unternehmer: „Verflucht, der Schirm nutzt nichts mehr!"

In Leipzig ist ein Teil der Belegschaft des Konsum-Neubaues in den Streik getreten, obgleich die Bürokratie die Weiterarbeit zu den herabgesetzten Löhnen diktierte. Zwei Baustellen in Chemnitz und eine in Zwickau traten in den Streik. 180 weitere Bauarbeiter traten in Dortmund, sieben Baustellen in Oberhausen, die Baustelle Hauptbahnhof in Duisburg neu in den Streik. In Nordhorn streiken die meisten Baustellen.

Auf Drängen der Bauunternehmer sollen noch diese Woche die Nachverhandlungen über den Lohnraub an den Bauarbeitern vor dem Reichsarbeitsministerium stattfinden. Bereits gestern betonten wir, daß Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie sich das Ziel setzten, bis zum 15. April den Lohnraub unter Dach und Fach zu bringen. Gerüchte, daß der Schiedsspruch verbindlich erklärt ist, sind unmotiviert.

Der Beirat des Baugewerksbundes Berlin beschloß einen Lohnabbau von 10 Pfennig vorzuschlagen, um den Streik der Bauarbeiter den Genickfang zu versetzen.

Die Reformisten geben schon ganz offen zur Abwürgung der Streikbewegung über. So hat der Baugewerksbonze Brauns in Halle den streikenden Bauproleten schriftlich bestätigt, daß sie für den herabgesetzten Lohn arbeiten sollten, obgleich die Bürokratie bekanntlich „abgelehnt" hat. In Dresden wurden die Reformisten des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes von den Bauarbeitern aus ihren Schreibstuben auf den Bau geholt. Die Massenaktivität der Bauarbeiter unter Führung der RGO hat alle Streiksabotage der Bonzen gebrochen, so daß täglich neue Bauten in den Streik traten.

Die Dresdner Volkszeitung führt einen regelrechten Eiertanz auf in ihren Berichten über den gewaltigen Bauarbeiterstreik. Das einzige, wo das Blättchen hemmungslos tobt, ist seine infame Hetze gegen die Führerin dieses Streiks, die RGO.

Das Naziblatt des Fabrikbesitzers Mutschmann „hört und sieht nichts" von dem Ringen der Bauarbeiter um ihre Existenz. Es schweigt immer noch. Die Bauunternehmer haben diese faschistischen Arbeiterfeinde gut an der Kandare und da ist — Schweigen das „klügste".

Die Bauarbeiterschaft erkennt, daß sie nur eine verläßliche Führung im Kampf gegen den Lohnraub durch die RGO besitzt.

Die gesamte Arbeiterschaft der anderen Industrie, die Erwerbslosen kommen in immer größerer Zahl den heroisch kämpfenden Bauarbeitern zur Hilfe. Die IAH und RGO organisieren die Solidaritätsaktionen. In den Betrieben und Büros, selbst auf den Stempelstellen bei den Aermsten der Armen wird eine fieberhafte Sammeltätigkeit zur Unterstützung der Streikkämpfe entfaltet.

Bauarbeiter, laßt euch nicht durch Manöver verwirren! Feste Streikfront unter Führung der RGO wird das Lohnräuberpack niederringen.

*

Der Landarbeiterstreik in Großzschocher bei Leipzig wird mit unverminderter Kraft unter Führung der RGO fortgesetzt. SPD-Fleißner hat seine Polizisten gegen die Streikenden eingesetzt, um ihn durch Terror niederzuschlagen.

Die Streikbrecher arbeiten unter Schutz einer bewaffneten Polizeitruppe. Auf dem Gut in Lauern und Großzschocher mußten mehrere Streikbrecher fortgeschickt werden, weil sie mehr verdarben als nützten. Diese unfähigen Kreaturen sind zur Rettung der Junker vom Landbund vermittelt. Fünf Güter stehen im Leipziger Bezirk im Streik und zwölf Kampfausschüsse wurden auf anderen Gütern gewählt. Ein Teil der Güter hat aus Furcht vor dem Streik die Abzüge vom Lohn auf Grund des Schiedsspruches nicht vorgenommen. Sämtliche Streikenden stehen unter Führung der RGO und die IAH unterstützt die Landarbeiter durch Speiseküchen.

Attentat auf den 1. Mai

Maifeiertag wird in Braunschweig aufgehoben

In der Sitzung des Rechtsausschusses des Braunschweiger Landtages wurde gestern durch Rechtsparteien und Nationalsozialisten das Gesetz auf Abschaffung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag angenommen. Die Braunschweiger revolutionären Arbeiter organisieren nunmehr eine breite Massenmobilisation für den Weltkampftag.

Diese alarmierende Meldung muß auch den sächsischen Arbeitern zeigen, daß die Bourgeoisie entschlossen ist, mit allem auch nur formalen Errungenschaften der Arbeiterbewegung aufzuräumen. Umso wuchtiger und geschlossener muß sie an diesem Maikampftag aufmarschieren. Die Vorbereitung hierzu muß durch die sofortige Bildung der roten Maikomitees aus Vertretern der revolutionären Organisationen und Delegierten der Betriebe und Stempelstellen, unter Mobilisierung breiter Massen durch eine Welle öffentlicher Versammlungen getroffen werden. Der Absatz von Hunderttausenden roter Maiplaketten und Maizeitungen wird damit verbunden sein. Kein Finger darf für das Kapital am 1. Mai krumm gemacht werden, das schaffende Volk wird seinen Kampfwillen an diesem Tage überall demonstrieren. Antwortet den Feinden des Weltkampftages der Arbeiterklasse.

Reichstags-Einberufung abgelehnt!

SPD für Notverordnung / Neue Verordnung gegen Erwerbslose

Berlin, 8. April. (Eig. Bericht.)

Der Aeltestenrat des Reichstags hat in seiner Sitzung am Mittwoch den Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zum Antrag der Kommunisten auf Aufhebung der neuen Diktaturverordnung abgelehnt.

Sozialdemokraten, Zentrum, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Bayrische Volkspartei und Wirtschaftspartei sprachen sich gegen die Einberufung des Reichstages und damit für die faschistischen Diktaturgesetze der Brüning-Regierung aus.

Unsere Genossen Stoecker und Torgler begründeten ausführlich den Antrag unserer Fraktion. Die neue „Not"-Verordnung ist eine ungeheuerliche Einschränkung des **Vereins-, Versammlungs-, Demonstrations- und Presserechts**, bedeutet die Verhängung des **Ausnahmezustandes** über ganz Deutschland und ist ein **weiterer Schritt zur offenen faschistischen Diktatur.** An zahlreichen Einzelbeispielen zeigte Genosse Stoecker, daß sich die neue Verordnung **ausschließlich gegen die Arbeiterklasse** richtet, wobei die Polizeiorgane mit geradezu unerhörter **Willkür und Schikane** gegen die proletarischen Organisationen vorgehen. **Die kommunistische Reichstagsfraktion forderte die sofortige Stellungnahme des Reichstages zu dieser Verhängung des Ausnahmezustandes und die sofortige Aufhebung der Verordnung.** Die Billigung der Diktaturverordnung durch die Sozialdemokratie charakterisiert die **Rolle der SPD als Hilfspolizei für den Faschismus.**

Ferner beantragte die kommunistische Fraktion die Stellungnahme des Reichstages zu dem kommunistischen Gesetzentwurf auf Einführung der 40-Stundenwoche ohne Lohnausfall. Die Kommunisten protestieren schon jetzt gegen die geplanten neuen Notverordnungen auf weiteren Abbau der Erwerbslosenunterstützung, der Invalidenrenten, der Kriegsbeschädigtenrenten usw.

Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten mimten auch „Opposition" gegen die Notverordnung und sprachen sich für die Einberufung des Reichstages aus.

Von den Regierungsparteien setzte sich zuerst und am entschiedensten die Sozialdemokratie durch Dittmann für die Diktaturverordnungen ein und sprach sich gegen die Einberufung des Reichstages aus. Die Sozialdemokratie wurde dabei unterstützt durch Bell vom Zentrum, Hintzmann von der Deutschen Volkspartei und Leicht von der Bayerischen Volkspartei. Da die Regierungsparteien den Artikel 24 der Reichsverfassung dahin „auslegten", daß nur eine Mehrheit die Reichstagseinberufung fordern könne und diese Parteien selbst über die Mehrheit verfügen, war damit der Antrag der kommunistischen Fraktion abgelehnt. Die Volksmassen aber stehen zur Forderung der KPD!

Schon in den nächsten Tagen wird die neue Notverordnung Brünings zur Arbeitslosenversicherung erwartet.

„Killinger binnen 1 Jahr abgesägt!"

Eine interessante SA-Zuschrift

Aus proletarischen SA-Kreisen wird uns geschrieben: „Seit der Erklärung der Kommunistischen Partei zur Frage der nationalen und sozialen Befreiung hat mancher von uns Bedenken bekommen beim „Kampf gegen den Marxismus", worin unsere Führer offenbar den Kampf gegen die Arbeiter verstehen. Die Vorgänge der letzten Monate, insbesondere die Legalitätsschwüre Adolf Hitlers haben uns zutiefst empört. Umso begeisterter waren wir, als wir feststellen zu können glaubten, daß auch unser sächsischer SA-Führer Manfred v. Killinger die Unwahrhaftigkeit und Würdelosigkeit des Münchener Phrasendreschers, so heißt Hitler seit langem in unseren Kreisen, erkannt hat und sich mit anderen aufrechten Männern zum Kampf gegen die Bonzendiktatur Münchens verbündete. Als Scheringer zur KPD übertrat, wußten wir, daß ein Wendepunkt auch für uns kommen muß. Zwar sind wir nicht von Stennes [illegible], daß er ein wirklich aufrechter Kerl ist, aber wir [illegible] auf, als er losschlug und Hitler den Kampf ansagte. Wir glaubten, auch Killinger würde jetzt seinen [illegible], seine Autorität in die Waagschale werfen. Eine schallende Ohrfeige erhielten wir für diesen Zugglauben ...

Hitler sandte einen nicht merkwürdig aussehenden Vertrauensmann nach Dresden, der sich nur zwei Tage hier aufhielt und — seit der Kampferklärung Killingers [illegible] eine solche Legalitätsbeteuerung für Hitler — und [illegible]? Diesen Vertrauensmann hatte Killinger [illegible], vielleicht wissen die Leute in München [illegible], [illegible] machen, und Killinger hat kapituliert. Dabei [illegible] Vertrauensmann einigen Unterführern [illegible]

82